

20 JAHRE “KERNEUROPA” WO STEHEN WIR UND WO WOLLEN WIR HIN?



Nicole Koenig | wissenschaftliche Mitarbeiterin am Jacques Delors Institut - Berlin

Diese Zusammenfassung bietet einen Überblick der Diskussionen während der Konferenz „20 Jahre Kerneuropa: Wo stehen wir heute und wo wollen wir hin?“ Die Konferenz, die am 1. September 2014 in Berlin stattfand, wurde vom Jacques Delors Institut - Berlin in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Open Society Initiative for Europe organisiert.

Einleitung

Am 1. September 1994 löste ein Arbeitspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dessen Verfasser Wolfgang Schäuble, Karl Lamers und Theo Waigel waren und das den bescheidenen Titel „Überlegungen zur europäischen Politik“ trug, ein politisches Erdbeben aus. Im Mittelpunkt dieses Papiers stand die Idee, das „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ zu institutionalisieren und gleichzeitig „Kerneuropa“ zu konsolidieren. Das zwei Monate nach Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft und sechs Wochen vor den Bundestagswahlen veröffentlichte Arbeitspapier führte in Bonn und anderen europäischen Hauptstädten zu hitzigen Debatten über die Finalität Europas.

Genau zwei Jahrzehnte nach seiner Veröffentlichung trafen sich zahlreiche prominente Redner und ein breites Publikum am Ort des Jacques Delors Institut - Berlin im Berliner Allianz Forum, um darüber zu diskutieren, ob die Idee von „Kerneuropa“ nach wie vor Gültigkeit besitzt und welche Herausforderungen bestehen bleiben¹.

Nach einer kurzen Begrüßungsansprache von **Dr. Henrik Enderlein**, Direktor des Jacques Delors Institut - Berlin, leiteten zwei der Verfasser des Arbeitspapiers, der Bundesminister der Finanzen **Dr. Wolfgang Schäuble**² und der ehemalige außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion **Karl Lamers** - die Debatte ein. Beide legten die dem Papier zugrunde liegenden Überlegungen dar und stellten Verknüpfungen zum aktuellen Kontext her. In ihren Fragen an die beiden Verfasser ging **Dr. Ulrike Guérot** insbesondere auf die Kontroversen um das ursprüngliche Arbeitspapier und die Selbstverständlichkeit ein, durch die sich die heutige Debatte auszeichnet. Daraufhin folgte eine Diskussion zwischen Vertretern einer jüngeren Generation, die die Debatte zu „Kerneuropa“

wiederbeleben möchten. Der ehemalige Botschafter **Joachim Bitterlich**, der bei Veröffentlichung des Papiers im Kanzleramt für Fragen der Europapolitik zuständig war und ebenfalls Mitglied des Board of Directors von Notre Europe - Jacques Delors Institute ist, moderierte eine Podiumsdiskussion zwischen **Dr. Franziska Brantner**, Bundestagsabgeordnete - Bündnis 90/Die Grünen; **Prof. Dr. Franz Mayer**, Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Europarecht an der Universität Bielefeld und Mitglied der Glienicker Gruppe; **Matthias Fekl**, seit kurzem französischer Staatssekretär für Außenhandel, Tourismusförderung und Auslandsfranzosen, und **Dr. Fabien Dell**, Europaberater bei France Stratégie und Mitglied der Eiffel Gruppe. Im Anschluss legte der ehemalige französische Finanzminister und Kandidat für das Amt des EU Wirtschafts- und Währungskommissars **Pierre Moscovici**³ seine Ansichten zu den ‚Lessons Learned‘, zum gegenwärtigen Zustand und zur zukünftigen Entwicklung dar. Die Abschlussworte zu dieser Debatte kamen von **Dr. Hans-Gert Pötering**, Präsident des Europäischen Parlaments a.D. und Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.



© KAS

1. Einschätzung: Europa erneut am Scheideweg

Alle Redner hoben die engen Parallelen zwischen der Debatte vor 20 Jahren und den heutigen Herausforderungen hervor. Besonders aussagekräftig ist ein Zitat aus dem Arbeitspapier: „Der europäische Einigungsprozess ist an einen kritischen Punkt

seiner Entwicklung gelangt. Wenn es nicht gelingt, in den nächsten zwei bis vier Jahren eine Lösung für die Ursachen dieser gefährlichen Entwicklung zu finden, dann wird die Union sich (...) unaufhaltsam zu einer lockeren, im Wesentlichen auf einige wirtschaftliche Aspekte beschränkten Formation mit verschiedenen Untergruppierungen entwickeln". Die Redner waren sich einig, dass die Frage, wie der Integrationsprozess – möglicherweise mit verschiedenen Geschwindigkeiten – weiter vertieft werden könnte, genauso wichtig wenn nicht wichtiger ist als 1994. Heute steht Europa vor der Herausforderung, eine jahrelange Wirtschaftskrise zu überwinden und sich gleichzeitig mit zunehmendem Euroskeptizismus und Desintegrationstendenzen sowie einem eskalierenden Konflikt in der Ukraine und einem Flächenbrand im Nahen Osten auseinanderzusetzen.

Schäuble betonte, dass Europa nur gemeinsam in der Lage sein würde, sich diesen Herausforderungen zu stellen – „ob man will oder nicht“. Der eigentliche Grund war damals und ist heute, dass die Globalisierung das Regierungsmonopol der Nationalstaaten eingeschränkt hat. Angesichts einer zunehmend transnationalen Realität sind die Staatsregierungen nicht mehr in der Lage, die Bedürfnisse der Bürger im Hinblick auf soziale-, wirtschaftliche- und Sicherheitsfragen zu erfüllen. Schäuble erwähnte das Dilemma zwischen dem funktionalen Bedarf für weitere Integrationschritte (besonders in Bezug auf den Euro) und der Schwierigkeit, die Unterstützung des Volkes dafür zu erhalten. Er erwähnte das Subsidiaritätsprinzip als Mittel zur Identifizierung von Gebieten, auf denen weitere Integration erforderlich ist, bestand jedoch darauf, dass das wie 1994 nicht unbedingt bedeutete, die Idee von „mehr Europa“ in bestimmten Bereichen aufzugeben. Häufig wurde auf die bahnbrechende Arbeit Jacques Delors' als Präsident der EU-Kommission verwiesen, der die funktionalen wirtschaftlichen Schlüsse aus der Umsetzung des Binnenmarktes ernst nahm und den Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion ebnete.

Trotz der Ähnlichkeiten zwischen der Situation heute und 1994 wurden auch wesentliche Unterschiede genannt. Europa hat sich seitdem nach Osten erweitert und die Anzahl der Mitgliedstaaten hat sich verdoppelt. Moscovici wies darauf hin, dass Europa durch die Erweiterung zwar größer, aber nicht unbedingt stärker geworden ist. Dies ist nicht nur auf die kompliziertere Entscheidungsfindung, sondern auch auf eine zunehmend multipolare Welt mit schnell wachsenden Schwellenländern zurückzuführen. Die Globalisierung ließ auch die Zahl transnationaler Herausforderungen und Bedrohungen wachsen, u.a.

Terrorismus, Cyber-Kriminalität und Klimawandel. Mit der Schaffung der Einheitswährung tat Europa den bisher wichtigsten Integrationschritt. Da die Währungsunion jedoch nicht durch verbindliche Mechanismen für die makroökonomische und fiskalische Koordination ergänzt wurde, entstanden deutliche Ungleichgewichte, die in der Eurokrise endeten. Darüber hinaus befindet sich Europa, wie Lamers erwähnte, derzeit in einer Demokratiekrise. Europas Bürger tendieren dazu, der EU die Schuld an den strengen Sparmaßnahmen zu geben und ihre Regierungen der Unfähigkeit zur Förderung von Wachstum und Arbeitsmarkt zu beschuldigen. Im Ergebnis finden populistische Anti-Establishment-Bewegungen und euroskeptische Parteien starken Zulauf.



© KAS

2. Mögliche nächste Schritte

Die Redner waren sich allgemein einig, dass die Antwort auf diese zahlreichen Herausforderungen in einer tieferen Integration bei Voranschreiten einer „Kerngruppe“ aus EU-Mitgliedstaaten liegt. Schäuble betonte, dass eine „Kerngruppe“ nicht unbedingt gleichbedeutend ist mit der Gründung eines exklusiven Clubs. Vielmehr sollen einige „Pioniere“ den Weg ebnen und interessierte Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, sich später anzuschließen. Moscovici beschrieb die Eurozone als den „Embryo“ einer ersten „Kerngruppe“. Insgesamt waren sich die Redner auch einig, dass die deutsch-französische Zusammenarbeit die zentrale Säule einer tieferen Integration darstelle, derzeit jedoch weniger effizient sei als in der Vergangenheit.

Neben diesen grundlegenden Punkten ergaben sich aus der Debatte mehrere Vorschläge.

Die **Stärkung der Eurozone** soll auf kurze Sicht fortgesetzt werden, allerdings mit den bereits vorhandenen Instrumenten. Schäuble wies erneut darauf hin, dass die Einhaltung der im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgeschriebenen Regeln eine wesentliche Voraussetzung für die Schaffung von Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten sei. Er betonte auch die Notwendigkeit konkreter Erfolge in den Bereichen Wachstum und Arbeitsmarkt, um einer Erosion des europäischen Projekts vorzubeugen. Um Wachstum zu

fördern, rief er zu strukturellen Reformen, aber auch zu Maßnahmen zur Verbesserung des Investitionsklimas auf. Moscovici fügte hinzu, dass diese Maßnahmen unter Wahrung eines Gleichgewichts zwischen Solidarität und Kontrolle umgesetzt werden sollten. Brantner unterstrich derweil die Notwendigkeit, den Fonds zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit mit mehr Mitteln auszustatten.

Die Redner unterbreiteten auch Vorschläge für eine **Reform der institutionellen Architektur** mit dem Ziel gesteigerter Legitimität und Effizienz. Die meisten Redner sprachen sich für eine Art Eurozonen-Parlament aus, während über die genaue Ausgestaltung noch diskutiert wurde. Manche schlugen eine eigenständige Struktur vor, während andere die Gründung eines speziellen Unterausschusses innerhalb des Europäischen Parlaments vorzogen. Dell zufolge sollte die EU-Kommission als Kernelement der Steuerungsebene, die sich auf das gesamteuropäische Interesse konzentriert, mehr Exekutivgewalt haben und gleichzeitig einer verstärkten demokratischen Kontrolle unterliegen. Mayer, Mitglied der Glienicker Gruppe, plädierte sogar für die Einrichtung einer eigenen Steuerungsstruktur für die Eurozonen-Länder auf der Basis eines eigenen Vertrags, mit einem gewissen Grad an exekutiver Kontrolle durch eine Art Eurozonen-Parlament und einem eigenen Haushalt.

Des Weiteren wurden auch verschiedene Vorschläge für eine **bessere französisch-deutsche Zusammenarbeit** gemacht. Die Diskussionsteilnehmer waren sich einig, dass es noch viel Raum für bilaterale Initiativen gibt. Ein konkretes Beispiel aus der Vergangenheit ist die deutsch-französische Vereinbarung über die doppelte Staatsbürgerschaft. Um die Zusammenarbeit zu verbessern, rief Fekl, zusammen mit anderen Teilnehmern, zu einer intensiveren und nachhaltigeren institutionellen Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten und im Rahmen des Deutsch-Französischen Ministerrats auf.

Verschiedene Redner vermuteten, dass die Krise in der Ukraine zu einem Qualitätssprung in der **außenpolitischen Zusammenarbeit** führen könnte. Schäuble betonte, dass es keine militärischen Lösungen für den Konflikt gäbe und dass der Mehrwert der Union in ihrem Potenzial liege, „soft power“ auszuüben. Letztere würde jedoch weitgehend von der Fähigkeit der Union abhängen, ihre wirtschaftliche Anziehungskraft und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu wahren. Darüber hinaus rief Brantner dazu auf, Risiken auf dem

Gebiet der Außenpolitik verstärkt gemeinsam zu tragen, beispielsweise durch einen Entschädigungsfonds für wirtschaftliche Sanktionen.



© KAS

3. Potenzielle Hindernisse

Während sich die meisten Redner für eine stärkere Integration und für das Konzept der „Kerngruppe“ ausgesprochen, wurden auch mögliche Hindernisse identifiziert. Das erste ergibt sich aus der zuvor erwähnten **Demokratielkrise**, die mit einem Vertrauensverlust der Bevölkerung in die europäischen Institutionen einhergeht. Schäuble wies darauf hin, dass selbst in Deutschland, wo die Bürger eindeutig für eine verstärkte Integration sind, die Unterstützung der Bevölkerung stark vom Inhalt der ergriffenen Maßnahmen abhängen werde. Es gäbe in Deutschland eine unterschwellige Angst, dass die EU-Politik aus dem Ruder gerät. Für ihn ist diese Angst teilweise darauf zurückzuführen, dass alternde Gesellschaften in Wohlfahrtsstaaten mitunter die Tendenz haben, Veränderungen abzulehnen.

Eine zweite Herausforderung ist das Überwinden des „**Souveränitätsreflexes**“ der Mitgliedstaaten. Brantner fragte, welche Länder derzeit tatsächlich ausreichend von der weiteren Integration überzeugt seien, um einen Kern zu bilden, der die weitere Entwicklung vorantreibt. In diesem Zusammenhang erwähnten verschiedene Redner den französischen ‚Souveränitätsinstinkt‘, der eng mit dem Konzept des „*État nation*“ (Nationalstaat) verflochten ist. Sie zweifelten jedoch auch an der Bereitschaft des Bundestags, ein direktes Einmischen durch die EU-Kommission in Haushaltsangelegenheiten zu akzeptieren. Bitterlich merkte an, dass die Kommission nur so stark sein kann, wie es die Mitgliedstaaten erlauben. Pöttering griff diese Bemerkungen in seiner Schlussrede auf und zitierte Mitterrand: „*Le nationalisme, c'est la guerre*“ (Nationalismus bedeutet Krieg).

Die dritte und letzte der identifizierten Herausforderungen betrifft die Schwierigkeit, **tief verwurzelte Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten** zu überwinden. Brantner

bezog sich auf das Arbeitspapier zu „Kerneuropa“ und die dort dargelegten Diskrepanzen zwischen den Wirtschaftsmodellen der nordöstlichen EU-Mitgliedstaaten, allen voran Deutschland, und den südwestlichen Mitgliedern, angeführt durch Frankreich. Sie wies darauf hin, dass weiterhin Unterschiede im Hinblick auf Industriepolitik oder Wettbewerbsfähigkeit bestehen. Auch auf anderen Gebieten der Politik findet man Unterschiede, so z.B. bei Waffenlieferungen, Migration oder der Energiepolitik, wo die Mitgliedstaaten häufig um eine gemeinsame Basis ringen müssen.

Schlussfolgerung: das war erst der Anfang

Zwei Jahrzehnte nach der Veröffentlichung des „Kerneuropa“-Arbeitspapiers finden wieder angeregte Debatten über die Art und Geschwindigkeit der europäischen Integration statt. Die Europawahlen vom Mai 2014 zeigten eindeutig, dass „business as usual“ keine Lösung ist. Sicherheitsbezogene Entwicklungen im Osten und Süden der Union erinnern uns daran, dass die ursprüngliche Existenzberechtigung der europäischen Integration als Friedensprojekt weiterhin gültig bleibt. Der pro-europäische Diskurs muss jedoch durch konkrete wirtschaftliche Erfolge, politische Reformen

und Zukunftsperspektiven neu angeregt und ergänzt werden. Bei dieser Konferenz wurden zahlreiche Ideen vorgebracht. Um die machbarsten und funktionalsten Schritte für die zukünftige Integration herauszudestillieren, sind jedoch weitere Diskussionen erforderlich.

Ein bemerkenswerter Aspekt der Konferenz war die Tatsache, dass Aussichten auf eine tiefere Integration unangefochten im Mittelpunkt standen. Die Großbritannien-Debatte mit der Frage eines möglichen „Brexit“ wurde so gut wie gar nicht erwähnt. In dieser Hinsicht richtete sich die Konferenz ganz nach der zentralen Idee des „Kerneuropa“-Arbeitspapiers, sich auf Vorreiter zu konzentrieren und nicht unbedingt darauf, durch den kleinsten gemeinsamen Nenner alle zufriedenzustellen.



© KAS

1. Karl Lamers and Wolfgang Schäuble, „More integration is still the right goal for Europe“, *Financial Times* editorial, 1. September 2014.
2. Rede von Dr. Wolfgang Schäuble (Video), Allianz Forum, Berlin, 1. September 2014.
3. Rede von Pierre Moscovici, Allianz Forum, Berlin, 1. September 2014.

Zu den gleichen Themen...

REFORMING EUROPE'S GOVERNANCE. FOR A MORE LEGITIMATE AND EFFECTIVE FEDERATION OF NATION STATES
Yves Bertoncini and António Vitorino, *Studies & Reports No. 105*, Notre Europe – Jacques Delors Institute, September 2014

NEW PRESIDENT, NEW "CONSTITUTION"?
Yves Bertoncini, *Tribune – Viewpoint*, Notre Europe – Jacques Delors Institute, July 2014

THE COMMISSION REFORM: BETWEEN EFFICIENCY AND LEGITIMACY
Yves Bertoncini and Antonio Vitorino, *Policy Paper No. 115*, Notre Europe – Jacques Delors Institute, July 2014

POST-ELECTION EU: ASK FOR THE PROGRAMME!
Jacques Delors and António Vitorino, *Tribune – Viewpoint*, Notre Europe – Jacques Delors Institute, June 2014

WHO CALLS THE SHOTS IN THE EURO AREA? "BRUSSELS" OR THE MEMBER STATES?
Sofia Fernandes, *Policy Paper No. 111*, Notre Europe – Jacques Delors Institute, May 2014

Herausgeber: Prof. Dr. Henrik Enderlein • Die Publikation gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder • Alle Rechte vorbehalten • Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe zulässig • Übersetzung aus dem Englischen: Angela Eumann © Jacques Delors Institut - Berlin, 2014.



Hertie School of Governance

ISSN 2257-5510

Pariser Platz 6, D - 10117 Berlin
19 rue de Milan, F - 75009 Paris
office@delorsinstitut.de
www.delorsinstitut.de

